



Abstimmung vom 23.9.2017

Eindeutige Mehrheit für zahnlosen Artikel zur Ernährungssicherheit

**Angenommen: Bundesbeschluss über die
Ernährungssicherheit**

Moritz Schley

Empfohlene Zitierweise: Schley, Moritz (2019): Eindeutige Mehrheit für zahnlosen Artikel zur Ernährungssicherheit. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Im März 2013 beschliessen National- und Ständerat die Agrarpolitik für die Periode 2014 bis 2017. Diese rückt ökologische Standards in der Landwirtschaft vermehrt in den Fokus. Fortan sind die Direktzahlungen an die Bauernbetriebe auch von der Förderung von Biodiversität, Tierwohl und Ressourceneffizienz abhängig.

Als Reaktion darauf fordert der Schweizerische Bauernverband gemeinsam mit der SVP, dass im Zentrum der Landwirtschaftspolitik die einheimische Nahrungsmittelproduktion stehen muss. Dafür lancieren sie im Frühjahr 2014 die Volksinitiative «für Ernährungssicherheit» (nicht zu verwechseln mit der Volksinitiative «für Ernährungssouveränität», Vorlage 622). Die Initiative für Ernährungssicherheit will festschreiben, dass der Bund die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus vielfältiger und nachhaltiger einheimischer Produktion stärkt. Bereits nach zwei Monaten hat der Schweizerische Bauernverband genügend Unterschriften gesammelt. Im Juli 2014 reicht er die Initiative mit über 147 000 Unterschriften ein.

Der Bundesrat beabsichtigt zunächst, der Initiative einen direkten Gegenentwurf gegenüberzustellen, worauf er nach der Vernehmlassung allerdings verzichtet. Die Anliegen der Initianten seien grösstenteils bereits in der Bundesverfassung verankert, weshalb es aktuell weder der Initiative noch eines Gegenentwurfs bedürfe, argumentiert er.

Der Nationalrat nimmt sich des Volksbegehrens als Erstrat an. Nach langer Debatte, in der sich insbesondere der Präsident des Bauernverbands, CVP-Nationalrat Ritter, stark engagiert, stimmt der Nationalrat der Initiative zu. Die vorberatende Kommission des Ständerats bringt stattdessen die Idee eines direkten Gegenentwurfs wieder ins Spiel. Ihr Gegenentwurf fordert im Unterschied zur Initiative, die Ernährungssicherheit der Schweiz weniger isolationistisch, sondern in einem globalen Kontext zu betrachten. Dafür soll der Bund Voraussetzungen schaffen, die mit der Marktwirtschaft und internationalen Handelsbeziehungen kompatibel sind. Sowohl Ständerat wie auch Nationalrat zeigen sich mit diesem Vorschlag bei ganz wenigen Gegenstimmen aus dem linken und dem freisinnigen Lager einverstanden und plädieren für eine Ablehnung des originalen Initiativtexts. Der Bauernverband erklärt sich mit dem Gegenentwurf zufrieden und zieht seine Initiative zurück. Zur Abstimmung steht somit nur der direkte Gegenentwurf.

GEGENSTAND

Der Gegenentwurf verlangt die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Dafür soll der Bund Voraussetzungen für die Sicherung des Kulturlands, eine standort- und marktangepasste Produktion und einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln schaffen. Ausserdem soll der Bund grenzüberschreitende Handelsbeziehungen ermöglichen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Der Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit steht deutlich im Schatten der beiden Vorlagen zur Altersvorsorge, über die am selben Tag abgestimmt wird. Der Abstimmungskampf gestaltet sich wenig brisant und ungewöhnlich einseitig – es gibt praktisch keine Opposition. Zwar empfehlen der Gewerbeverband, die EDU und einzelne abweichende Kantonalparteien die Vorlage abzulehnen, doch während des Abstimmungskampfs treten sie kaum in Erscheinung. Die Gegner der Vorlage verzichten sogar darauf, ein Nein-Komitee zu bilden.

Nahezu alle anderen Parteien und Verbände empfehlen, die Vorlage anzunehmen. Grund dafür ist, dass die Annahme der Vorlage wohl weder Gesetzesänderungen noch neue Subventionen mit sich brächte, mithin also kaum Veränderungen in der Agrarpolitik zur Folge hätte. Ausserdem garantiert der ausgewogen formulierte Verfassungsartikel fast jedem Lager einen Passus nach seinen Vorlieben. So gefallen den linken Parteien die ökologischen Forderungen wie etwa der ressourcenschonende Umgang mit Lebensmitteln, die wirtschaftsliberalen Parteien begrüßen die grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen, und die landwirtschaftsnahen Akteure befürworten die Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und des Kulturlandes. Neben dem Komitee um die ursprünglichen Initianten vom Schweizerischen Bauernverband und der SVP bilden linksgrüne und freisinnige Politikerinnen und Politiker ein zweites Ja-Komitee, um den ersteren die Deutungshoheit in der Landwirtschaftspolitik nicht alleine zu überlassen.

Gegen Ende des Abstimmungskampfs kommt es innerhalb des Bauernverbands zu heftigen Diskussionen, als Bundesrat und Landwirtschaftsminister Johann Scheider-Ammann andeutet, dass der Gegenentwurf als Grundlage für den Abbau von Schutzzöllen dienen könnte. Die Führung des Bauernverbands versucht dessen Mitglieder zu beschwichtigen und rechtfertigt den Gegenentwurf als Konzept für «fairen Handel statt Freihandel». Nichtsdestotrotz entscheiden sich in der Folge die kantonalen SVP-Sektionen in Luzern und St. Gallen, den Gegenvorschlag abzulehnen.

ERGEBNIS

Das Abstimmungsergebnis ist eindeutig. Bei einer Stimmbeteiligung von 47,1% legen 78,8% der Stimmenden ein Ja in die Urne. Besonders hoch ist die Zustimmungsrates in der lateinischen Schweiz, am höchsten im Kanton Waadt (92% Ja-Stimmen). Aber auch in allen Deutschschweizer Kantonen stimmen mehr als zwei Drittel der Stimmenden der Vorlage zu. Relevante Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden gibt es nicht.

Auch die nachträgliche Voto-Studie unterstreicht, dass der Vorlage wenig Zündstoff attestiert wurde. So können 39% der befragten Ja-Stimmenden keine Argumente für ihren Stimmentscheid nennen. Bei den Nein-Stimmenden ist das meistgenannte Argument gegen die Vorlage, dass die neuen Verfassungsbestimmungen überflüssig seien.

QUELLEN

Künzler, Johanna (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Agrarpolitik 2014 bis 2017, 2012-2013*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 5.3.2019.

Künzler, Johanna, Laura Salathe und Karel Ziehli (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative "Für Ernährungssicherheit", 2014 - 2017*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 5.3.2019.

Milic, Thomas, Thomas Reiss und Daniel Kübler (2017). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 24. September 2017*. Aarau, Lausanne, Luzern: ZDA, FORS, LINK.

Tages-Anzeiger vom 13.7.2017.

Bundesblatt: BBl 2015 7573.